

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Diensttag, Donnerstags und Sonnabends. Der Bezugspreis beträgt für das Vierteljahr 10 Mark, monatlich 3 Pfennig. Die einzelne Nummer kostet 10 Pfennig. Nach auswärts Postzusatz.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Briefenwerder, Bahnhof-Allee 5 und von allen Anzeigen-Expositionen angenommen. Die Jahresgebühren betragen 10 Mark, die Monatsgebühren 10 Pfennig.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnhitz, Stolpe



für ehem. Hoffjagdrevier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend

Telegr.: Briefetalbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationskraft für den Amtsbezirk Birkenwerder.

Nr. 34.

Postfach-Konto: Berlin 62 448

Donnerstag, den 22. März 1923

Postfach-Konto Berlin 62 448.

22. Jahrg.

Der Amtsvorsteher Birkenwerder.

Eine Wagenkette als gefunden, ein Portemonnaie, eine Geldtasche mit Inhalt, einen Handschuh als verloren gemeldet.

Zugelaufen ein Hund. Derselbe soll im Termin am Donnerstag, den 22. März 1923, vorm. 10 Uhr, im Zimmer 13 des bürgerlichen Rathauses öffentlich meistbietend versteigert werden. Rechte an den vorbeschriebenen Hund sind bis zum Termin im Zimmer 15 des Rathauses geltend zu machen. Nach Ablauf dieser Frist wird gemäß § 9 und § 9a der Dienstverweisung vom 22. Oktober 1899 betr. die polizeiliche Behandlung der Hundstuden verfahren.

Birkenwerder, den 21. März 1923.
Der Amtsvorsteher. Jung.

Der Gemeindevorsteher Birkenwerder

Grundstücksparzellierung.

Der Herr Landrat nimmt Veranlassung, anlässlich der gegenwärtig immer mehr fortschreitenden Grundstücksparzellierung Kaufwillige einbindlich vor den Entzählungen und den finanziellen Schätzungen zu warnen, von denen sie bedroht sind, wenn sie Grundstücke blindlings kaufen, ohne sich vorher an zuständiger Stelle über die in Frage kommenden Verhältnisse zu unterrichten. Sehr viele Grundstücke sind durchaus keine Bauflächen. Auf derartigen unrentlichen Grundstücken dürfen nicht einmal Lauben errichtet werden. Auch besteht die Gefahr, daß der Behausungslage eine ungünstige andere Regelung für das Grundstück schafft, als sie der Kaufwillige im Gelände erkennen kann. Bei übertriebenem Kaufschuß sind dann Verzug, Zelt und Geldverlust die Folge. Es wird also dringend geraten, sich rechtzeitig über die Verhältnisse des Grundstücks (Baubarkeit, Straßenführung usw.) im Rathause zu erkundigen, wo bereits willig alle gewünschten Auskünfte erteilt werden.

Für die am 12. März und 15. Oktober v. J. zur landwirtschaftlichen Nutzung verpachteten Gemeindegüterstücke ist für die Wirtschaftsjahre 1923-1926 eine erhöhte Pacht festgesetzt und der Anteilseiner der alten zur neuen Pacht bis zum 28. d. Mts. bei der ersten Gemeindegüterkasse unter Anerkennung der Berechnungsgrundlage zu zahlen.

Das neue Grundgeld ist nach den am 15. März jeden Jahres jeweils geltenden durch die Berliner Börse amtlich notierten Handelswert, marktlichen Roggens und unter Zugrundelegung der nach dem damaligen Gebot in Geldwert zu Handelswert umzurechnenden Roggenmenge zu zahlen. Die für die Errechnung der Pacht maßgebenden Preiszahlen stellen sich für den 12. März 1922 auf 5,- Mk. für den 15. Oktober 1922 auf 47,50 Mk. und für den diesjährigen Stichtag auf 365 Mk. für je 500 g Roggenmenge.

Birkenwerder, den 21. März 1923.
Der Gemeindevorsteher. Kühn.

Der Gemeindevorsteher Bergfelde.

Erholungsbedürftige Kinder können auch in diesem Jahre wieder im Kindererholungsheim des Kreises in Schluff Aufnahme finden.

Die Bedingungen zur Aufnahme liegen im Gemeindegüteramt. Bergfelde, den 21. März 1923.
Der Gemeindevorsteher. Graeber.

Hohen Neuendorf.

Der Amtsvorsteher macht bekannt:

Ein blau-grauer Schaller-Pudel zwischen Schönfließ- und Auswahlstraße verloren.

Ordnung auf Straßen und Plätzen.

Es ist häufig beobachtet worden, daß Fährten außerhalb der Gehsteife auf den öffentlichen Straßen und Plätzen frei umherläuft. Vorbeigehende werden hierdurch die Anlagen auf dem Wildbergplatz und dem Schulgarten beschädigt. Dieses ist nach § 27 der Straßenpolizeiverordnung unzulässig. Ich ersuche die Viehhalter, hierauf ihr Augenmerk zu richten. Die Polizeibeamten sind angewiesen worden, jeden Fall der Uebertretung zur Anzeige zu bringen.

Der Gemeindevorsteher macht bekannt:

Gebühren für die Krankensamsternation.

Für März sind die Gebühren wie folgt festgesetzt:

Nachmachen	2 100 Mk.
Tagespflege	1 680 "
Einzelleistungen und dergl.	280 "
Umbetten usw.	420 "
Elektrifizieren	420 "
Maßgabe	420 "
beides zusammen	700 "
Elektrifizieren	280 "
Maßgabe	280 "
beides zusammen	420 "
Teilmaße im Hause	280 "
Teilmaße in der Station	140 "

Sie können bei Minderbemittelten auf Antrag ermäßigt oder erlassen werden.

Kurze Nachrichten

- Der Fehlbetrag im Reichshaushalt 1922 ist auf über 7 Millionen Mark berechnet.
- Der Reichstag nahm die Verlängerung des Kohlensteuergesetzes endgültig an und vertagte sich dann bis Dienstag, 20. März.
- Die Großhandelspreise sind vom 5. bis 15. März um 7 Proz. gesunken.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Deutschen Bank, Generalkonful Rudolf von Ros, ist im 76. Lebensjahr in Berlin verstorben.

Die bürgerliche Regierung hat Richtpreise für Butter herausgegeben, die sich um 4000 M. für das Pfund bewegen. Die Molkereibitzer erklären, daß sie bei diesen Preisen mit Verlust arbeiten müßten. Die Dampfmolkerei Uckerhütte gibt bekannt, daß sie aus diesem Grunde den Betrieb einstellen müsse.

Von den im alt- und neubefestigten Gebiet erscheinenden 1450 Zeitungen sind seit Beginn des Franzosenjahrens 445 für gewisse Zeit unterdrückt, 83 Redakteure und 31 Verleger zu Gefängnisstrafen verurteilt worden.

Die Interalliierte Rheinlandkommission hat beschlossen, daß alle Einnahmen aus dem deutschen Spiritus-Monopol in den besetzten Gebieten zu beschlagnahmen sind.

In der Zweiten holländischen Kammer ist eine sozialdemokratische Interpellation über die Schwierigkeiten des niederländischen Handels im besetzten Gebiet Deutschlands zur Erörterung zugelassen worden.

In den östlichen Grafschaften von England hat die Anbsperrung der Landarbeit begonnen, da über die Fragen der Arbeitszeit und der Löhne keine Einigung herbeigeführt werden konnte.

Präsident Harding hat die Absicht, in Miami (Florida) für die kommende Präsidentschaftswahl 1924 seine Kandidatur aufzustellen. Die Erklärung wird als erste autoritative Ankündigung der neuen Präsidentschaftskandidatur angesehen.

50 000 Bergarbeiter in Südwales (England) begannen den Streik, da keine Einigung mit den Zehnbefehligen erzielt werden konnte.

Die vom allfrieschen Zentralomite gesammelten Millionen Rud Getreide für die Arbeiter im Ruhrgebiet sollen in Rewal auf Schiffen nach Deutschland verladen werden.

„Standard Jarison“ erklärt in einem Artikel, daß der französische Einpruch gegen die deutsche Dollar-Anleihe sich darum nicht zu kümmern brauche, da die amerikanischen Banken keine politischen Faktoren seien. Das Staatsdepartement habe ja auch keinen Einpruch gegen die Auslegung der Anleihe in Amerika erhoben.

Ein großes französisches Truppenangebot hat das Zentrum von Dortmund belegt. Es werden gegen Schiene Waren aller Art aus verschiedenen Geschäften und besonders aus den großen Warenhäusern von Rose und Althoff herausgeholt.

Nach einer Meldung aus Düsseldorf haben die Franzosen fünf, dem preussischen Staat gebührende Kohlengruben beschlagnahmt.

Nach einer Meldung aus Brüssel berichtet das Blatt „Le Soir“ aus Düsseldorf über Unterhändler im belgischen Bergbaukreis.

Die amerikanische Regierung hat erklärt, daß sie einen Abzug des Wertes der beschlagnahmten deutschen Schiffe von der Gesamtsumme der Besatzungslosten nicht zulassen werde.

Der Oberbefehlshaber der japanischen Armee ist in Marseille eingetroffen. Er soll mit einer Mission seiner Regierung in Frankreich und England betraut sein.

Die Kosten des Ruhrabenteuers.

Nach einer Denkschrift des französischen Finanzministers beläuft sich die Belastung des Budgets für die Operationen im Ruhrgebiet in den ersten vier Monaten auf 160 Millionen Franc.

Dollar-Schuldenweisungen des Deutschen Reiches

Garantiert von der Reichsbank
Schluß der Zeichnung:
Sonnabend, den 24. März 1923

Französische Massendefertionen.

Ein Düsseldorf-er, der sich auf einer Geschäftsreise gegenwärtig in Berlin befindet, teilt mit, daß ihm in Düsseldorf Franzosen erklärt haben, es seien aus Düsseldorf schon an 3000 französische Soldaten desertiert, weil sie sich nicht nach dem Ruhrgebiet verschicken lassen wollten. Es handelt sich meist um Leute, die den Krieg mitgemacht haben. Ferner hat vor nicht allzu langer Zeit in Düsseldorf aus denselben Gründen ein ganzes Regiment gemutert, was eine Umsiedelung des Regiments gegen ein sogenanntes „Alte-Herren-Regiment“ zur Folge hatte. Verpflegung und Ernährung bleiben oft auch, ebenfalls Defertionen zur Folge hat. Von den Deserteurern gehen die französischen Sprechenden stets nach Frankreich zurück, werden dort gefasst und schwer bestraft. Die Defertion sprechenden begeben sich oft nach Deutschland ins unbefestigte Gebiet, um dort Unterschlupf zu finden.

Die Rückseite der Medaille.

Die Franzosen sehen immer mehr ein, daß sie nicht das genügende Personal zusammenbekommen können, um den militärischen Eisenbahnbetrieb am Rhein aufrechtzuerhalten. Deshalb haben sie sich mit Gewerkschaftsführern in Ludwigshafen in Verbindung gesetzt, um die deutschen Eisenbahner zu veranlassen, ihren Widerstand aufzugeben und in Dienst bei den Interalliierten zu treten. Die Franzosen weisen darauf hin, daß die Eisenbahner von ihnen immerhin noch mindestens 25 Jahre befreit gehalten werden. Die Zustimmung der Franzosen ist bei den Gewerkschaftsführern auf Widerstand gestoßen.

Sie beschlagnahmen die Ruhrhilfe.

Die Interalliierte Rheinlandkommission hat im altbesetzten Gebiet an die örtlichen Behörden folgendes Schreiben gefaßt: „Ich beehre mich, Ihnen mitteilen, daß die Hobe Kommission beschlossen hat, im besetzten Gebiet jeden Verein oder Komitee der Ruhrhilfe oder gleichartige Organisationen zu verbieten. Auch sind Geldsammlungen, Verkauf von Freimarken, Ausgabungen von Unterzeichnungen, die im Zusammenhang mit diesen Organisationen stehen, streng verboten.“ Auf Grund dieses Schreibens sind bereits in einer Reihe von Städten Beschlagnahmungen von Geld erfolgt. In Ahrdt haben die Belgier 100 Millionen von der Reichsbank, welche für die Eisenbahnen bestimmt waren, beschlagnahmt. In München-Gladbach sind 10 Millionen beschlagnahmt worden, die ebenfalls für Eisenbahnen bestimmt waren. In Hainsberg sind 102 Millionen Mark beschlagnahmt worden. In Krefeld machen die Belgier die größten Anstrengungen, um festzustellen, wo die Gelder für die Ruhrhilfe und die Eisenbahnen festgehalten sind. Bis jetzt ist es ihnen nicht gelungen, irgendwelche Gelder in Krefeld aufzufinden.

Reichspräsident Ebert an der Ruhrgrenze.

Am Sonntag wußten in Hamm an der Grenze des Eisenbahngeländes Reichspräsident Ebert, Reichsarchivarminister Dr. Brauns, Reichsjustizminister Dr. Becker, ferner der preussische Innenminister Everding und Handelsminister Eisinger. Vor einer Versammlung von 1500 Delegierten hielt Präsident Ebert eine Ansprache, in der er sich um wertvollen Ausfall machte.

Bonar kam weiß von keinem deutschen Angebot.

Aus London wird gemeldet: Bonar Law hat im Unterhaufe erklärt, die Pariser Konferenz hätte feinerzeit festgestellt, eine Wiederbestellungsabteilung von 2500 Millionen Pfund Sterling innerhalb der Zahlungsfähigkeit zu bestätigen. Von einem deutschen Angebot einer Wiederbestellungsabteilung von 1600 Millionen Pfund Sterling habe er keine Kenntnis. Trotz der Zurückhaltung, die man in Berlin und Paris zeigt, wird in verschiedenen Kreisen angegeben, daß durch Lord Robert Cecil Verhandlungen geführt würden, nur die Abweisung zu entmilitarisieren und eine internationale Kontrolle der Eisenbahnen einzurichten. Diese Vorschläge sollen in Frankreich stets zunehmende Befürchtung finden. Im Unterhaufe wurden ferner wieder über die Schwierigkeiten, die dem britischen Handel durch die Besetzung des Rheinlandes zu erwarten sind, Anfragen an die Regierung gerichtet. Die Antworten gingen dahin, bei der französischen Regierung wäre energischer Einpruch wegen der Behinderung des britischen Handels im Rheingebiete erhoben worden. Die Regierung sehe wegen dieser Frage in häßlicher Verhandlung mit Frankreich und Belgien.

Das Wiesbadener Staatstheater niedergebrannt.

Das Wiesbadener Staatstheater, die frühere königliche Hofoper, ist ein Raub der Flammen geworden. Obwohl jeder Fernsprecherverkehr nach Wiesbaden abgebrochen ist, wird bekannt, daß sich nach dem Bericht eines Augenzeugen ungefähr eine Viertelstunde nach Beendigung der Abendvorstellung anscheinend eine Explosion innerhalb des Gebäudes ereignet hat. Kurze Zeit darauf schlugen die Flammen aus verschiedenen Fenstern. Die Feuerwehre konnte wenig ausrichten, da im Augenblick Zuschauer, Bühne und Kassenhaus in Flammen standen. Das ganze Theater ist ausgebrannt. Verluste an Menschenleben sind, soweit bisher bekannt, nicht zu beklagen.

Die Einkosten der Reichspost.

Bei der Überberatung des deutschen Poststaats im Haushaltsausschuß des Reichstages erklärte Reichspostminister Stögl, die allgemeinen Unkosten seien vierfacht gestiegen. Es folgten jetzt die Briefkästen das Dreitausendachtundertfache des Preises von 1914, Nechensmaschinen das Zweitausendfache, Schreibmaschinen das Dreitausendfache, Briefbeutel das Dreitausendachtundertfache, Postpapier, das in großen Mengen gebraucht werde, sogar das Zehntausendfache, Kets das Neuntausendfache, Kabel das Zehntausendfache, Kupferdraht das Neuntausenddreihundertfache und Eisenbraut das Dreizehntausenddreihundertfache und Eisenleitung der Materialkosten sei eine Vierzigung des Poststaats selbst bei weitestgehendem Personalabbau nicht bei der Post nicht mehr vorgenommen werden. Die Worte hör ich wohl, allein — wie fehlt der Glaube.